



Prof. Dr. Alexander S. Kritikos, Forschungsdirektor Entrepreneurship im Vorstandsbereich des DIW Berlin

INTERVIEW MIT ALEXANDER KRITIKOS

»Die Wählerstrukturen der beiden Volksparteien nähern sich einander an«

- Herr Kritikos, stimmen die alten Klischees noch, zum Beispiel, dass die SPD vornehmlich von Arbeiterinnen und Arbeitern, die FDP von den Besserverdienenden oder Bündnis90/Die Grünen von jungen Alternativen gewählt wird? Ich denke, diese Klischees stimmen kaum. Die Veränderungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft dieser Parteien sind, über die letzten 15 Jahre betrachtet, zum Teil erheblich. Bei den Grünen ist die Wählerschaft zusammen mit ihrer Partei älter geworden. Bei der SPD kann man nicht mehr sagen, dass sie eine Arbeiterpartei ist. Zwar ist der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeitern unter allen Arbeitskräften enorm zurückgegangen, aber wir sehen bei der SPD einen überproportionalen Rückgang bei dieser Berufsgruppe. Bei der FDP stimmt dieses eine Klischee noch am ehesten. Hier gibt es überproportional viele Menschen, die mehr als der Median, also die Mitte der Bevölkerung, verdient. Es gilt aber gleichzeitig, dass das Einkommen auch dieser Wählerschaft relativ breit gestreut ist.
- Wie stark unterscheidet sich die Wählerstruktur der beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD? Sie nähern sich immer mehr an und unterscheiden sich letztlich nur noch in wenigen Merkmalen. Die SPD hat eine größere Wählerschaft in den Großstädten, die CDU hat mehr Wählerinnen und Wähler in den ländlichen Gebieten. Das ist wahrscheinlich der größte Unterschied. Auch bei den Sorgen der Wählerschaft und den Lösungen, die sie von den Parteien erwarten, kann man durchaus noch gewisse Unterschiede sehen. Zum Beispiel sorgen sich mehr CDU-Wähler um Kriminalität und um Migration. Hingegen sorgen sich SPD-Wähler mehr um den Klimawandel und die Umwelt.
- Wie steht es denn um die Sorgenfreiheit bei den Wählerinnen und Wähler der anderen Parteien? Hier fallen zwei Parteien aus dem Rahmen. Das ist die Wählerschaft der AfD und der Linken. Beinahe zu allen abgefragten Themen findet man hier überdurchschnittlich viele besorgte Menschen.
- Die AfD ist relativ neu auf der politischen Bühne. Ist das ein Grund für die Veränderungen in der Wählerschaft

der anderen Parteien? Wir können nicht wirklich etwas über Gründe sagen, aber was wir beobachten können, ist, dass die AfD tatsächlich eine Lücke schließt und offensichtlich bei Arbeiterinnen und Arbeitern einen guten Anklang findet. Deren Anteil in der AfD-Wählerschaft ist relativ hoch, höher als bei der SPD und auch höher als bei der Linken. Insofern lässt das die Vermutung zu, dass sie derzeit in der Lage ist, diese Klientel besser anzusprechen als die eher links orientierten Parteien.

- Wie sieht es bei den Einkommen aus? Was wählen die sprichwörtlichen Besserverdienenden und was die Geringverdienenden? Die höchsten Durchschnittseinkommen hat die Wählerschaft der FDP, gefolgt von den Grünen und der CDU/CSU-Wähler, die beide noch über dem Durchschnitt liegen. Die SPD-Wählerschaft liegt bei den Einkommen etwas hinter der der CDU/CSU. Unterdurchschnittlich sind die Einkommen der Linken-Wählerschaft, und die Wählerschaft der AfD pendelt im Bereich zwischen der SPD und der Linken. Wenn man sich jedoch nicht nur die Einkommen der Befragten selbst anschaut, sondern auch die Einkommen der Haushalte, ist zu beobachten, dass die Wählerschaft der AfD nochmal zurückfällt. Ganz offensichtlich ernähren hier also weniger Menschen die Haushalte.
- Wie unterscheiden sich die Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland? Die Parteien der alten Bundesrepublik sind auch heute noch stärker im Westen. Die neuen Parteien finden eine größere Basis im Osten. Das heißt also, die Linke, aber auch die AfD sind im Osten überproportional vertreten im Verhältnis zum Westen.
- Wie lässt sich die Gruppe der Nichtwähler charakterisieren? Die Nichtwählerinnen und Nichtwähler fallen insgesamt stark aus dem Rahmen. Bei den Einkünften liegen sie weit zurück hinter der Wählerschaft anderer Parteien und die Arbeiterschaft macht einen überproportional großen Anteil aus. Außerdem fällt auf, dass mehr junge Leute in dieser Gruppe vertreten sind. Ich denke, das ist eine Gruppe, mit der sich die Parteien zukünftig stärker auseinandersetzen sollten.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Prof. Dr. Martin Kroh

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.